

Landtag Brandenburg

7. Wahlperiode

Mündliche Anfrage 2243

der Abgeordneten Carla Kniestedt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

an die Landesregierung

Honorarverträge an Volkshochschulen, Musik- und Kunstschulen

Infolge der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts vom 28. Juni 2022 zur Statusfeststellung einer selbstständigen Musikschullehrerin haben die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung am 4. Mai 2023 ihre Beurteilungsmaßstäbe für den Status von Lehrkräften, Dozentinnen und Dozenten sowie Lehrbeauftragten an Volkshochschulen und Musik- und Kunstschulen, Fachschulen und Hochschulen präzisiert. Seither überprüfen die Bildungseinrichtungen im gesamten Bundesgebiet ihre entsprechenden Vertragsstrukturen auf die Abgrenzung zwischen selbstständiger und abhängiger Beschäftigung hin.

An Volkshochschulen, Musik- und Kunstschulen steht im Sommer üblicherweise für viele sogenannte Honorarkräfte die Verlängerung ihrer Verträge an. Viele Landkreise und kreisfreie Städte tun sich jedoch schwer damit, denn die bisherigen Vertragsverhältnisse widersprechen offensichtlich häufig den Voraussetzungen für eine selbstständige Tätigkeit.

Der naheliegenden Schlussfolgerung, nämlich diese Honorarverträge - ich sage aus Sicht der Beschäftigten: endlich - in Festanstellungen umzuwandeln, folgen die kommunalen Einrichtungen aber vielerorts nicht. Denn dafür fehlen ihnen im Haushalt die Planstellen und die hierfür erforderlichen zusätzlichen Mittel. Auf diese Weise droht ab Mitte des Jahres ein flächendeckender Einbruch bei der Erwachsenenbildung und der kulturellen Bildung in ungekanntem Ausmaß und den Beschäftigten im Zweifel die Arbeitslosigkeit. Insbesondere die aus Bundesmitteln finanzierten Sprach- und Integrationskurse für Migrantinnen und Migranten sind in Gefahr.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen hat sie ergriffen oder wird sie noch ergreifen, um die Landkreise und kreisfreien Städte hinsichtlich der gravierenden Verunsicherung bezüglich der Vertragsgestaltung für bisherige Honorarkräfte zu beraten und zu unterstützen und einem drohenden Einbruch bei der Erwachsenenbildung, der Sprach- und Integrationskurse und der kulturellen Bildung zu begegnen?